

Eupen, den 03. August 2017

Das Wort der Parteien

Stand der Gesellschaft

Wer zuletzt aktiv die Medien verfolgte, hat festgestellt, dass der Stand unserer heutigen Gesellschaft Grund zur Sorge gibt. Auffallend ist vor allem, dass die Anzahl der von Eingliederungseinkommen lebenden Personen in Belgien drastisch gestiegen ist. Besonders nicht- oder niedrigqualifizierte Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 18 und 24 Jahren sind besonders von diesem Phänomen betroffen. Hinzu gesellen sich oft schwierige familiäre oder psychologische Probleme, die eine Vermittlung solcher Personen auf dem Arbeitsmarkt erschweren. Insgesamt hat sich die Zahl der Personen mit Eingliederungseinkommen in Belgien seit 2006 fast verdoppelt.

Neben dieser Entwicklung konstatiert man eine von der Föderalregierung geführten Politik der gewollten wirtschaftlichen Entwicklung, mit der Hoffnung auf ein permanentes Wirtschaftswachstum. So ist die Devise „Jobs, Jobs, Jobs!“ und Wachstum eines Charles Michel, der von sich behauptet, die Schaffung von Arbeitsplätzen, Steuergerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt zu fördern, nichts weiter als eine leere Worthülse wenn man sich hierzu die enorme Staatsverschuldung, den hohen Krankenstand der Bevölkerung und die immer noch viel zu hohe Arbeitslosigkeit und enorme Besteuerung der Bürger anschaut. Die von der Föderalregierung im Sommerdeal beschlossenen korrektiven Maßnahmen sind nichts weiter als kleinere Korrekturen eines kranken Systems, auch wenn die Richtung in einigen Bereichen stimmt. Denn wenn keine Änderung des Globalsystems stattfindet, werden die Probleme nur weiter verschoben.

Darüber hinaus beläuft sich die Summe von expliziter und impliziter Staatsschuld derzeit auf insgesamt 1500 Milliarden Euro! Die Hoffnung auf Wachstum löst keine Haushaltsprobleme. Daher sind die beschlossenen Maßnahmen der Regierung nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir müssen tiefer anfangen und unser System grundsätzlich in Frage stellen.

Es nützt nichts, etwas Dienliches und Gesundes auf einem kranken Fundament aufzubauen. Selbst gute und sinnvolle Vorschläge werden darauf nicht fruchten. Der Bürger muss sich bewusst werden, dass die klassische Politik in erster Linie nur ihren eigenen Interessen nachgeht und das Wohl des Bürgers hinten ansteht; man denke nur an *Publifin* und *Samusocial*. Anfangen sollte der Bürger indem er die Dinge, die Klüngelei der klassischen Politik, tiefer hinterfragt!

Die zuletzt bekannt gewordenen Skandale sind nur die Spitze des Eisbergs. Es ist Zeit aufzuwachen und zu handeln, und hier sind zuerst wir Bürger gefragt.

Michael Balter